

## RÜCKBLICK FRÜHJAHRSSSESSION

In der Frühjahrsession der eidgenössischen Räte wurden die nachfolgenden Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte behandelt / neu eingereicht:

### Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

[Motion 26.3153](#) «Überhöhte Mieten verhindern, Berücksichtigung der Eigenkapitalrendite begrenzen»

- **Eingereicht** durch Nationalrat Michael Töngi, Grüne Luzern
- **Worum es geht:** Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, «[...] um zur Bekämpfung sehr hoher Mieten die Berücksichtigung des Eigenkapitals in der mietrechtlichen Nettoenditeberechnung zu begrenzen».
- **Position VIS:** Der VIS lehnt diese Motion ab.

[Postulat 26.3340](#) «Verdichtung im Bestand stärken – Potenzial von Aufstockungen und Ergänzungsbauten nutzen»

- **Eingereicht** durch die Mitte-Fraktion
- **Worum es geht:** Der Bundesrat soll in einem Bericht aufzeigen, wie der Bund im Rahmen seiner Zuständigkeiten Kantone und Gemeinden dabei unterstützen kann, Verdichtung im Bestand – insbesondere Aufstockung und Ergänzungsbauten – zu erleichtern.
- **Position VIS:** Der VIS unterstützt dieses Postulat.

[Motion 26.3235](#) «Preisgünstigen Wohnraum in der Richtplanung verankern»

- **Eingereicht** durch Nationalrat Michael Töngi, Grüne Luzern
- **Worum es geht:** Die Motion fordert vom Bundesrat eine Änderung des Raumplanungsgesetzes. Dabei sollen die Richtpläne im Bereich Siedlungen in Kantonen mit einem ausgewiesenen Handlungsbedarf Massnahmen zur Sicherstellung eines ausreichenden Wohnraumangebots für Haushalte mit geringem Einkommen enthalten.
- **Position VIS:** Der VIS lehnt diese Motion ab. Solche Regelungen müssen nicht gesetzlich verankert werden. Der VIS vertritt den Standpunkt, wonach gezielte Subjekthilfe zweckdienlicher ist – denn damit wird sichergestellt, dass die Unterstützung dort landet, wo sie tatsächlich benötigt wird. Lesen Sie [hier](#) mehr dazu.

### Entscheide während der Frühjahrsession

[Motion 25.4721](#) «Wuchermieten stoppen!»

- **Eingereicht** durch Ständerat Carlo Sommaruga, SP GE
- **Worum es geht:** Das Mietrecht soll so angepasst werden, «[...] dass die Mietzinse im Sinne einer periodischen Revisionspflicht (wie bei der AHV, Mehrwertsteuer und Gewinnsteuer) automatisch und periodisch überprüft werden.»
- **Stand der Beratung:** Während der Frühjahrsession vom Ständerat abgelehnt – das Geschäft ist damit erledigt.
- **Position VIS:** Der VIS hat sich gegen die Motion ausgesprochen: Neue Hürden im Wohnungsmarkt sind kontraproduktiv und vertreiben private Investoren. Die geforderte Mietzins-Revisionspflicht würde eine weitere Einschränkung im Mietrecht darstellen – welche keine positiven Wirkungen auf das Wohnungsangebot ausüben würde.

## Parlamentarische Initiative 25.440 «Abgeltungen für PFAS-Sanierungen rückwirkend zulassen»

- **Eingereicht** durch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N)
- **Worum es geht:** Die parlamentarische Initiative sieht vor, die gesetzlichen Übergangsbestimmungen zu ergänzen: Neu sollen Gesuche um Abgeltungen für Standorte, welche durch PFAS-haltige Löschschäume verunreinigt wurden, auch rückwirkend möglich sein.
- **Stand der Beratung:** Der Nationalrat hat sich für die parlamentarische Initiative ausgesprochen. Diese geht nun zur Vorberatung in die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S).
- **Position VIS:** Der VIS hat sich für die parlamentarische Initiative ausgesprochen: Als Verband setzen wir uns bereits länger mit dem verantwortungsvollen Umgang von PFAS als Bodenlast auseinander. Bei Bauvorhaben besteht insbesondere hinsichtlich Gesetzgebung und Vollzug durch kantonale Ämter im Zusammenhang mit PFAS grosse Unsicherheit.

### Glossar

- Ein **Postulat** beauftragt den Bundesrat zu prüfen und zu berichten, ob ein Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorgelegt oder eine Massnahme getroffen werden muss.
- Mit einer **Motion** gibt das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, einen Entwurf zu einem Erlass dem Parlament vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen.
- Mit einer **parlamentarischen Initiative** kann ein Ratsmitglied, eine Fraktion oder eine Kommission den Entwurf zu einem Erlass oder die Grundzüge eines solchen Erlasses vorschlagen.